S 42 AY 2/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Asylbewerberleistungsgesetz

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Asylbewerberleistungen -

Analogleistungen – Hilfe in sonstigen Lebenslagen – Reisekosten für die Wahrnehmung eines Anhörungstermins im Asylverfahren – atypischer Bedarf – analoge Anwendung – Hilfe zum

analoge Anwendung – Hilfe zum Lebensunterhalt – abweichende

Festlegung des individuellen Bedarfs – einmaliger Bedarf – sonstige Leistung nach § 6 AsylbLG – Anwendbarkeit auf

Analogleistungsberechtigte

Leitsätze Reisekosten, die

analogleistungsberechtigten Ausländern anlässlich der Wahrnehmung eines Behördentermins im Asylverfahren entstehen, lösen keinen Anspruch auf Hilfe in sonstigen Lebenslagen aus.

Normenkette AsylbLG § 1 Abs 1 Nr 1; AsylbLG § 2 Abs 1

F: 2014-12-10; <u>AsylbLG § 6 Abs 1 S 1;</u> SGB XII <u>§ 73 S 1;</u> SGB XII <u>§ 27a Abs 4 S 1</u>

F: 2011-03-24; SGB XII § 37 Abs 1;

AsylVfG § 25 J: 1992

1. Instanz

Aktenzeichen S 42 AY 2/17 Datum 13.07.2017

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 AY 21/17 Datum 22.10.2020

3. Instanz

Datum 24.06.2021

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 22. Oktober 2020 aufgehoben. Die Berufungen der Kläger gegen das Urteil des Sozialgerichts Hildesheim vom 13. Juli 2017 werden zurýckgewiesen.

Au̸ergerichtliche Kosten sind in allen Rechtszýgen nicht zu erstatten.

Â

Grü nde:

I

Â

1

Im Streit ist die \tilde{A}_0 bernahme von Fahrt- und \tilde{A}_0 bernachtungskosten f \tilde{A}_4 r die Wahrnehmung eines Anh \tilde{A}_1 rungstermins im Asylverfahren in H \tilde{A}_1 he von 191,25 \hat{A}_1 Euro.

Â

2

Die Kläger sind ukrainische Staatsangehörige, verheiratet und die Eltern eines 2013 geborenen Sohnes. Sie reisten 2014 jeweils mit einem Besuchsvisum nach Deutschland ein, hielten sich zunächst bei der Mutter des Klägers im Kreisgebiet des Beklagten auf und suchten im Oktober 2014 um Asyl nach. Die Antragstellung beim Bundesamt für Migration und Flþchtlinge (BAMF) erfolgte wegen übermäÂ \Box iger Arbeitsbelastung des BAMF erst Anfang Juni 2015, als die KlÃ¤ger einer Gemeinschaftsunterkunft in B zugewiesen waren und dort ihren Aufenthalt hatten. Im Juli 2015 wurden die KlÃ¤ger, die wÃ¤hrend des Asylverfahrens Ã½ber Aufenthaltsgestattungen verfÃ½gten, auf eigenes Betreiben nach H umverteilt (Bescheid der LandesaufnahmebehÃ¶rde Niedersachsen \mathring{a} \Box \mathring{a} Standort Braunschweig \mathring{a} \mathring{a} \Box \Box vom 20.7.2015). Ihre Asylantr $\~{A}$ ¤ge wurden vom BAMF abgelehnt (Bescheide vom 22.5.2017).

Â

3

Vom Beklagten erhielten sie zun \tilde{A} xchst Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), seit November 2015 sog Analogleistungen nach \hat{A} \$ $\hat{$

Sozialamt der Stadt H die Ladung des BAMF vom 24.6.2016 zur AnhĶrung am 5.7.2016, 8.00 Uhr, in Ingolstadt vor und erkundigten sich wegen der Ã∏bernahme von Fahrt- und Hotelkosten. Nachdem sie Ende Juni 2016 erfolglos die Verlegung der Anhörung zu der AuÃ∏enstelle des BAMF in Braunschweig beantragt hatten, fuhren sie mit ihrem Sohn und der Mutter des KlĤgers in deren Pkw am Vorabend der AnhĶrung nach Ingolstadt und übernachteten dort in einem Hotel. Die Kosten für die Fahrt und das Familienzimmer wurden â∏∏ nach dem Vortrag der Kläger darlehensweise â∏∏ von der Mutter des Klägers getragen. Der Antrag der Kläger auf Kostenübernahme der Hotelkosten in Höhe von 84Â Euro und der Benzinkosten in Höhe von (geschätzt) 107,25Â Euro wurde abgelehnt (Bescheid der Stadt H vom 15.7.2016; Widerspruchsbescheid des Beklagten vom 19.12.2016). Das Sozialgericht (SG) Hildesheim hat die hiergegen erhobenen Klagen abgewiesen (Urteil vom 13.7.2017). Auf die Berufungen der KlĤger hat das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen das Urteil des SG und die angefochtenen Bescheide aufgehoben und den Beklagten verurteilt, den KlĤgern 191,25Â Euro zu zahlen (Urteil vom 22.10.2020). Zur Begründung hat das LSG ausgeführt, der Anspruch auf ̸bernahme der für die Wahrnehmung des Anhörungstermins im Asylverfahren geltend gemachten Kosten ergebe sich aus <u>§Â 2 Abs 1 AsylbLG</u> iVm <u>§Â 73</u> Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch â∏ Sozialhilfe â∏ (SGBÂ XII); es handle sich um einen atypischen Bedarf; die Geldleistungen nach <u>§Â 73 Abs 1</u> Satz 2 SGBÂ XII seien als Beihilfe zu erbringen (Ermessensreduzierung auf Null).

Â

4

Mit seiner Revision rýqt der Beklagte eine Verletzung von §Â 73 SGB XII. Weder der vorliegende Mobilitätsbedarf noch die Ã□bernachtungskosten der Kläger unterfielen dieser Norm. Eine abweichende Festlegung des Regelsatzes zugunsten der Kläger nach §Â 2 Abs 1 AsylbLG iVm §Â 27a Abs 4 Satz 1 SGB XII komme wegen des nur einmaligen Bedarfs nicht in Betracht. Mobilitätsbedarfe seien im Regelsatz berücksichtigt. Die bewusste Herausnahme von Ã□bernachtungskosten aus der Regelsatzberechnung schlieÃ□e auch bei §Â 73 SGB XII die Anerkennung einer besonderen Lebenslage aus. Auch eine Anwendung des §Â 6 AsylbLG komme nicht in Betracht. Soweit das LSG eine Ermessensreduzierung auf Null angenommen habe, sei eher an die Notwendigkeit einer Kostenregelung durch das BAMF zu denken, als den Sozialhilfeträger in die Pflicht zu nehmen.

Â

5

Der Beklagte beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 22. Oktober 2020 aufzuheben und die Berufungen der KlĤger gegen das Urteil des Sozialgerichts Hildesheim vom 13. Juli 2017 zurückzuweisen.

Â
6
Die Kläger beantragen,
die Revision zurückzuweisen.
Â
7
Sie halten das Urteil des LSG für zutreffend.
Â
II
Â

Die zulässige Revision des Beklagten ist begrþndet (§Â 170 Abs 2 Satz 1 Sozialgerichtsgesetz). Die Kläger haben gegen den Beklagten keinen Anspruch auf Ã∏bernahme der fþr die Wahrnehmung des Anhörungstermins im Asylverfahren geltend gemachten Kosten, weder nach §Â 2 Abs 1 AsylbLG iVm §Â 73 SGB XII noch nach §Â 6 Abs 1 Satz 1 AsylbLG noch nach §Â 2 Abs 1 AsylbLG iVm §Â 27a Abs 4 Satz 1 Alt 2 SGB XII (in der bis 31.12.2016 geltenden Fassung).

Â

9

Gegenstand des Revisionsverfahrens ist der Bescheid der Stadt H vom 15.7.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids des Beklagten vom 19.12.2016 (\hat{A} § \hat{A} 95 SGG), mit dem der Antrag der Klä \hat{A} ger auf \hat{A} \square bernahme der Kosten fä 1 4r die Wahrnehmung des Anhä \hat{A} 1rungstermins im Asylverfahren am 5.7.2016 in Ingolstadt abgelehnt worden ist. Hiergegen wenden sich die Klä \hat{A} ger zutreffend mit der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage (\hat{A} § \hat{A} 54 Abs \hat{A} 1 Satz \hat{A} 1. Abs \hat{A} 4 SGG, \hat{A} § \hat{A} 56 SGG), soweit sie den Anspruch auf \hat{A} § \hat{A} 2 Abs \hat{A} 1 AsylbLG iVm \hat{A} § \hat{A} 73 SGB \hat{A} XII st \hat{A} 4tzen; denn sie gehen wegen einer Ermessensreduzierung auf Null von einem gebundenen Anspruch aus. Soweit die Kostenerstattung als (einmalige) Erhä \hat{A} 1hung des Regelsatzes (vgl \hat{A} § \hat{A} 2 Abs \hat{A} 1 AsylbLG iVm \hat{A} § \hat{A} 27a Abs \hat{A} 4 Satz \hat{A} 1 SGB \hat{A} 3 XII aF) geltend gemacht wird, ist die kombinierte Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage statthafte Klageart; der Bescheid vom 1.8.2016, mit dem die Leistungen fä \hat{A} 4r Juli 2016 bewilligt wurden und der in diesem Fall vom Beklagten auf Grundlage von \hat{A} 9 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch \hat{A} 1 Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz \hat{A} 2 \hat{A} 1 Zu \hat{A} 2 Cehntes Buch Sozialgesetzbuch

wäre, ist insoweit in das laufende Widerspruchsverfahren einzubeziehen (§Â 86 SGG; zum Ganzen bereits Bundessozialgericht vom 20.4.2016 â \square Â BÂ 8Â SO 5/15Â RÂ â \square BSGE 121, 139 = SozR 4-3500 §Â 18 Nr 3, RdNr 9). Nicht Streitgegenstand des Verfahrens ist nach entsprechender Klarstellung im Revisionsverfahren eine darlehensweise Leistungsgewährung (vgl §Â 2 Abs 1 AsylbLG iVm §Â 37 Abs 1 SGB XII), weil das Begehren der Kläger (§Â 123 SGG) sich ausschlieÃ \square lich auf eine zuschussweise Ã \square bernahme der Kosten richtet.

Â

10

Der angefochtene Bescheid ist formell rechtm \tilde{A} \cong \tilde{A} \cong ig. Nach den bindenden Feststellungen des LSG zum Landesrecht (\hat{A} \cong \hat{A} 163 SGG) ist der Beklagte seit der Umverteilung der Kl \tilde{A} \cong ger nach H 2015 f \tilde{A} \cong 4r die Durchf \tilde{A} \cong 4hrung des AsylbLG sachlich und \tilde{A} \cong 1rtlich zust \tilde{A} \cong 2 Abs \tilde{A} 1 Satz \tilde{A} 1 des Gesetzes zur Aufnahme von ausl \tilde{A} \cong 2 Abs \tilde{A} 100; ge \tilde{A} \cong 2 Abs \tilde{A} 1 Satz \tilde{A} 1 des Gesetzes zur Aufnahme von ausl \tilde{A} \cong 2 Abs \tilde{A} 100; ge \tilde{A} \cong 2 Abs \tilde{A} 1 Satz \tilde{A} 1 des Gesetz vom 11.3.2004, Nds GVBI S \tilde{A} 100; ge \tilde{A} \cong 2 Abs \tilde{A} 1 Satz \tilde{A} 1, \tilde{A} \cong 2 Abs \tilde{A} 10 Satz \tilde{A} 1 AsylbLG) und hat die Stadt H zur Durchf \tilde{A} \cong 4hrung der Aufgaben nach dem AsylbLG im Namen des Beklagten herangezogen (\tilde{A} \cong 3 Abs \tilde{A} 3 Satz \tilde{A} 1 Nds AufnG); \tilde{A} \cong 4ber Widerspr \tilde{A} \cong 4che entscheidet der Beklagte (\tilde{A} \cong 4 1 Abs \tilde{A} 1 und 2, \tilde{A} \cong 4 2 Abs \tilde{A} 1 Satz \tilde{A} 1 der Heranziehungsvereinbarung vom 16.2.2016).

Â

11

In der Sache besteht ein Anspruch aus $\hat{A}\S\hat{A}$ 2 Abs \hat{A} 1 AsylbLG (hier in der Fassung des Gesetzes zur \tilde{A} \square nderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes vom 10.12.2014) iVm $\hat{A}\S\hat{A}$ 73 SGB \hat{A} XII (in der ab 1.1.2005 unver \hat{A} \cong ndert geltenden Fassung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003) entgegen der Auffassung des LSG nicht. Die Kl \hat{A} \cong ger sind zwar Analogleistungsberechtigte, die Voraussetzungen einer \hat{A} \cong 1 Hilfe in sonstigen Lebenslagen \hat{A} \cong 1 nach \hat{A} \cong 3 SGB \hat{A} XII liegen aber nicht vor.

Â

12

Nach <u>§Â 2 Abs 1 AsylbLG</u> ist abweichend von den <u>§Â§Â 3</u> bis <u>7 AsylbLG</u> das SGB XII auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, die sich seit 15 Monaten ohne wesentliche Unterbrechung im Bundesgebiet aufhalten und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbrĤuchlich selbst beeinflusst haben. Diese Voraussetzungen liegen vor. Die KlĤger waren im Juli 2016 als Inhaber von Aufenthaltsgestattungen (<u>§Â 55 Abs 1</u> Asylgesetz; hier in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2011/95/EU vom 28.8.2013) gemĤà <u>Abs 1 Nr 1 AsylbLG</u> dem Grunde nach leistungsberechtigt nach dem AsylbLG und

haben seit November 2015 die zum damaligen Zeitpunkt geltende, an die Dauer eines Asylverfahrens typisierend angelehnte Wartefrist von 15 Monaten erfÃ $\frac{1}{4}$ Ilt. Die Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland haben sie weder durch die bloÃ $\frac{1}{6}$ e direkte â $\frac{1}{6}$ ohne Umweg Ã $\frac{1}{4}$ ber einen sicheren Drittstaat â $\frac{1}{6}$ Einreise in das Bundesgebiet noch durch das Betreiben des im Juli 2016 noch nicht abgeschlossenen Asylverfahrens (vgl dazu BSG vom 17.6.2008 â $\frac{1}{6}$ A $\frac{1}{6}$ A

Â

13

Sind diese Voraussetzungen erfýllt, ist nach §Â 2 Abs 1 AsylbLG abweichend von den §Â§Â 3 bis 7 das SGB XII auf die Kläger entsprechend anzuwenden; diese entsprechende Anwendung erfasst auch die Vorschriften des Neunten Kapitels ýber die â∏Hilfe in anderen Lebenslagenâ∏ (vgl zur Blindenhilfe nach §Â 72 SGB XII BSG vom 24.6.2021 â∏ B 7 AY 1/20 R â∏ zur Veröffentlichung in SozR 4 vorgesehen). Die Voraussetzungen des §Â 73 SGB XII liegen jedoch nicht vor. Nach Satz 1 dieser Norm können Leistungen auch in sonstigen Lebenslagen erbracht werden, wenn sie den Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigen. Eine sonstige Lebenslage iS des §Â 73 Satz 1 SGBÂ XII zeichnet sich dadurch aus, dass sie von keinem anderen Leistungsbereich des SGBÂ XII erfasst ist und damit eine atypische Bedarfslage darstellt (vgl BSG vom 29.5.2019 â∏ BÂ 8Â SO 8/17Â R Â â∏ SozR 4â∏4200 §Â 24 Nr 8 RdNr 14 und BSG vom 29.5.2019 â∏ BÂ 8Â SO 14/17Â RÂ â∏∏ vom vom

Â

14

Leistungen nach §Â 73 SGB XII, die zu den â∏Hilfen in anderen Lebenslagenâ∏ nach dem Neunten Kapitel des SGB XII gehören, erfordern eine besondere, atypische Situation, die vorliegend mit der Wahrnehmung eines Termins bei einer Behörde und den dabei entstandenen Kosten nicht verbunden ist. Die am 5.7.2016 anlässlich der Wahrnehmung des Anhörungstermins in Ingolstadt entstandenen Fahrt- und Ã□bernachtungskosten stellen keinen atypischen Bedarf iS des §Â 73 SGB XII dar (vgl zu Mobilitätsbedarfen beim Umgangsrecht als â□□Mehrbedarf zum Regelbedarfâ□□ etwa BSG vom 11.2.2015 â□□ B 4 AS 27/14 R â□□ BSGE 118, 82 = SozR 4-4200 §Â 21 Nr 21, RdNr 17 f; BSG vom 28.11.2018 â□□ B 14 AS 48/17 R â□□ BSGE 127, 78 = SozR 4-4200 §Â 21 Nr 30, RdNr 20 f). Sowohl â□□sonstige Verwaltungsgebührenâ□□ als auch Mobilitätsbedarfe bzw Verkehrsdienstleistungen und auch Gaststätten- und

Beherbergungsdienstleitungen sind als typischerweise anfallende Bedarfe bei der Bemessung des Regelbedarfs (§Â 27a Abs 2 Satz 1 iVm §Â 28 SGB XII, in der Fassung vom 24.3.2011, BGBl I 453) beachtet und entweder als regelbedarfsrelevant anerkannt oder in der Weise berýcksichtigt worden, dass sie nicht zu einer Erhöhung der Leistungen geführt haben. Es sind dies keine â∏unbenanntenâ∏ Bedarfe; für §Â 73 Satz 1 SGBÂ XII ist damit kein Raum.

Â

15

Die dem Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach §Â 28 SGBÂ XII (Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz vom 24.3.2011, RBEG 2011) zugrundeliegende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 erfasste in Abteilung 12 unter der Rubrik S â∏Sonstige Waren und Dienstleistungenâ∏ in der Rubrik S/03 ua auch Bedarfe, die im Zusammenhang mit verwaltungsverfahrensrechtlichen Vorgängen entstehen, â∏sonstige Verwaltungsgebührenâ∏, die bei der Ermittlung des Regelbedarfs unter dem Code 1270 900 â∏Sonstige Dienstleistungen, nicht genannteâ∏ berücksichtigt wurden (BT-Drucks 17/3404 S 63 f, vgl Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Heft 7, 2013, SÂ 10, 52). Die EVS 2008 erfasste in Abteilung 7 die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben der Referenzhaushalte f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r \hat{a} \square \square fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr/ohne auf Reisen)â∏ (vgl BT-Drucks 17/3404, SÂ 59) ua PersonenbefĶrderung im Ä

ffentlichen Personennahverkehr und Schienenverkehr (Eisenbahn, S-Bahn, U-Bahn, Stra $\tilde{A} \square$ enbahn) und hat diese in ungek $\tilde{A} \frac{1}{4}$ rzter H $\tilde{A} \P$ he als regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben fýr Erwachsene anerkannt (vgl BSG vom 29.5.2019 â∏∏ <u>B 8 SO 14/17 R</u> â∏∏ FEVS 71, 221 = juris RdNr 14 mwN). Die Verbrauchsausgaben f $\tilde{A}^{1/4}$ r einen (eigenen) Pkw wurden nicht als existenzsichernd angesehen (vgl BT-Drucks 17/3404 SÂ 59), ebenso nicht auswärtige Ã∏bernachtungskosten, weil diese Ausgaben regelmäÃ∏ig nicht der Existenzsicherung dienten (vgl Beherbergungs- und GaststÄxttendienstleistungen in Abteilung 11 der EVS 2008, BT-Drucks 17/3404 SÂ 62Â f); von den Beherbergungsund GaststĤttendienstleistungen wurden bewusst nur 28,5 Prozent der durchschnittlichen Ausgaben als regelbedarfsrelevant eingestuft (Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés und an Imbissständen sowie in Kantinen und Mensen). Damit sind die bei den KlĤgern angefallenen Bedarfe dem Grunde nach bei der Regelsatzbemessung beachtet und berücksichtigt worden.

Â

16

Mangels Regelungslýcke scheidet eine â \Box analogeâ \Box Anwendung von §Â 73 Satz 1 SGB XII bei einmaligen oder laufenden Bedarfslagen, die vom Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII erfasst sind, aus. Die vom LSG zur Begrýndung seiner Entscheidung in Bezug genommene frýhere Rechtsprechung des BSG zu Fahrtkosten in Ausýbung des Umgangsrechts (vgl BSG vom 7.11.2006 â \Box A B 7b AS 14/06Â RÂ â \Box BSGE 97, 242 = SozR 4-4200 §Â 20 Nr 1,

RdNr 21 ff), die insoweit für Leistungsberechtigte nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch â∏ Grundsicherung für Arbeitsuchende â∏ (SGB II) noch auf §Â 73 SGB XII rekurriert hatte, ist in der Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 9.2.2010 (1 BVL 1/09 ua â∏ BVerfGE 125, 175 = SozR 4â∏4200 §Â 20 Nr 12) und der Einführung von Mehrbedarfen für einen atypischen laufenden Mehrbedarf (vgl §Â 21 Abs 6 SGB II) nicht fortgeführt worden (vgl zuletzt BSG vom 29.5.2019 â∏ B 8 SO 8/17 R â∏ SozR 4â∏4200 §Â 24 Nr 8 RdNr 15). Für Bedarfe, die der Sache nach vom Regelbedarf umfasst sind, kommt auch für Leistungsberechtigte nach §Â 2 Abs 1 AsylbLG neben den Fällen der abweichenden Bemessung nach §Â 27a Abs 4 SGB XII (dazu später) nur die darlehensweise Gewährung von Leistungen in Betracht (§Â 37 Abs 1 SGBÂ XII).

Â

17

Soweit das LSG darauf hinweist, dass die formale Anhörung des Ausländers nach §Â 25 AsylG ein Kernstück des Asylverfahrens ist und auf unionsrechtlichen Verfahrensgarantien beruht, ist das zwar zutreffend, führt aber nicht zu einer anderen Beurteilung der Bedarfslage. Es muss allerdings sichergestellt sein, dass die Wahrnehmung dieses Termins nicht an nicht vorhandenen Mitteln scheitert. Dies wird jedoch mit einer darlehensweisen Leistungsgewährung auf Grundlage nach §Â 37 Abs 1 SGB XII erreicht. Danach sollen auf Antrag notwendige Leistungen als Darlehen erbracht werden, wenn im Einzelfall ein von den Regelbedarfen umfasster und nach den Umständen unabweisbar gebotener Bedarf auf keine andere Weise gedeckt werden kann. Um einen solchen Bedarf handelt es sich der Sache nach, ohne dass eine abschlieÃ□ende Entscheidung zu den hier vorliegenden Umständen des Einzelfalls erforderlich wäre. Die Kläger haben eine darlehensweise Gewährung (zumindest im Revisionsverfahren) ausdrücklich nicht beantragt.

Â

18

Dass der Gesetzgeber in §Â 6 Abs 1 Satz 1 Alt 4 AsylbLG, der aber auf die Kläger keine Anwendung findet (dazu sogleich), typisierend fþr diejenigen Personen, die sich im Asylverfahren befinden und die Wartefrist des §Â 2 Abs 1 AsylbLG noch nicht erfüllt haben, einen Anspruch auf bestimmte sonstige Leistungen vorsieht, die zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich sind, fþrt nicht zur normativ begründeten Annahme eines in gleicher Weise bestehenden atypischen Bedarfs für Analogleistungsberechtigte, die die Wartefrist erfüllt haben und leistungsberechtigt nach §Â 2 Abs 1 AsylbLG iVm §Â 73 SGB XII sind. Eine solche normative Erstreckung eines anerkannten atypischen Bedarfs für Personen, die sich erst kurze Zeit im Bundesgebiet aufhalten, auf Personen mit verfestigtem Aufenthalt ist weder geboten noch sachgerecht. Die reduzierten

Grundleistungen nach <u>§Â 3 AsylbLG</u> sind bei Leistungsberechtigten nach <u>§Â 1</u> Abs 1 Nr 1 AsylbLG (nur) fÃ1/4r die Dauer des Asylverfahrens gedacht; die ̸ffnungsklausel des <u>§Â 6 AsylbLG</u> hat Auffangfunktion. Hingegen sind Analogleistungsberechtigte nach Erfýllung der Wartefrist nach §Â 2 Abs 1 AsylbLG zwar weiterhin dem AsylbLG zugeordnet, erhalten aber höhere Leistungen und profitieren auch und gerade von der Regelbedarfsermittlung nach dem SGBÂ XII und damit auch von der Anerkennung von bei verfestigtem Aufenthalt typischerweise bestehenden Bedarfen. Soweit das LSG darauf hinweist, dass die Anerkennung eines existentiellen Bedarfs im Bereich der Grundleistungen im Grundsatz auch für dessen rechtliche Relevanz im Rahmen der Analogleistungen sprechen kann, ist dem in dieser Allgemeinheit zwar nicht zu widersprechen. Was sich bei einem beginnenden oder kurzfristigen Aufenthalt wĤhrend der Dauer eines Asylverfahrens noch als atypische Bedarfslage zusĤtzlich zu den (reduzierten) Grundleistungen erweist, stellt sich aber (wie oben ausgefĽhrt) wegen der Kosten fÃ1/4r Mitwirkungspflichten bei einem lÃxngeren verfestigten Aufenthalt unter dem Regime des <u>§Â 2 Abs 1 AsylbLG</u> mit der einhergehenden Berücksichtigung solcher Kosten bei der Regelbedarfsermittlung nach dem SGBÂ XII als benannte und damit nicht mehr atypische Bedarfslage dar.

Â

19

Da die KlĤger Analogleistungen nach <u>§Â 2 Abs 1 AsylbLG</u> beanspruchen können, scheidet die (unmittelbare oder entsprechende) Anwendung des <u>§Â 6 Abs 1 AsylbLG</u> als Anspruchsgrundlage aus. Nach dem Wortlaut der Norm und der Bedeutung der Grundleistungen nach <u>§Â§Â 3 ff AsylbLG</u> als eigenständiges Sicherungssystem zur Gewährleistung des menschenwù¼rdigen Existenzminimums in der ersten Zeit des Aufenthalts während des Asylverfahrens können Analogleistungsberechtigte nach <u>§Â 2 AsylbLG</u> aus <u>§Â 6 AsylbLG</u> keine Rechte herleiten, weil die Vorschriften des SGB XII an die Stelle der Vorschriften <u>ù</u>¼ber die existenzsichernden Leistungen des AsylbLG treten.

Â

20

Auch ein Anspruch nach §Â 27a Abs 4 Satz 1 Alt 2 SGB XII aF unter Abänderung des Bescheids vom 1.8.2016, der Analogleistungen fÃ⅓r Juli 2016 bewilligt hat, kommt nicht in Betracht. Danach wird im Einzelfall der individuelle Bedarf abweichend vom Regelsatz festgelegt, wenn ein Bedarf unabweisbar seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht. Ein lediglich einmalig auftretender Bedarf unterfällt nicht dem Anwendungsbereich dieser Norm, sondern es wird ein laufender höherer Bedarf vorausgesetzt (Coseriu in Kommentar zum Sozialrecht, 4. Aufl 2015, §Â 27a SGB XII RdNr 10; R. Becker in jurisPK-SGB XII, 2. Aufl 2014, §Â 37 RdNr 12; offengelassen von BSG vom 20.4.2016 â□□ B 8 SO 5/15 R â□□ BSGE 121, 139 = SozR 4-3500 §Â 18 Nr 3, RdNr 13), wie sich auch aus der zum 1.1.2017 klarstellend geänderten

Gesetzesfassung ergibt (vgl <u>BT-Drucks 18/9984</u>, 90). $F\tilde{A}^{1}/_{4}r$ die Deckung einmaliger Bedarfsspitzen ist damit ein $\hat{a}_{\Box}erg\tilde{A}_{z}$ nzendes $\hat{a}_{\Box}erg\tilde{A}_{z}$ Regelsatzdarlehen nach \hat{A}_{z} Abs \hat{A}_{z} Zu gew \hat{A}_{z} zu g

Â

21

Ein Anspruch nach §Â 9 Abs 3 Satz 1 AsylbLG iVm §Â 65a Abs 1
Sozialgesetzbuch Erstes Buch â∏ Allgemeiner Teil â∏ (SGB I) kommt ebenfalls nicht in Betracht. Danach kann auf Antrag Ersatz notwendiger Auslagen in angemessenem Umfang erhalten, wer einem Verlangen des zuständigen Leistungsträgers nach den §Â§Â 61 oder 62 SGB I nachkommt. §Â 65a SGB I ist zwar auch im Bereich des SGB XII anwendbar (vgl Gutzler in Lilge/Gutzler, SGB I, 5. Aufl 2019, §Â 65a RdNr 3), aber auf das Sozialverwaltungsverfahren zugeschnitten und betrifft nur das Rechtsverhältnis zwischen der Sozialbehörde, die ein Tun nach §Â§Â 61 f SGB I verlangt, und einer Sozialleistungen beantragenden Person. Vorliegend zielt dieser Kostenerstattungsanspruch also auf Mitwirkungspflichten in Bezug auf die Leistungen nach dem AsylbLG ab. Eine analoge Anwendung auf Auslagen, die im Asylverfahren im Verhältnis zum BAMF entstehen, scheidet aus. Der Beklagte muss sich ein etwaiges Fehlverhalten des BAMF, das den Anhörungstermin nicht in leicht erreichbare Nähe zum Wohnort der Kläger verlegt hatte, auch nicht zurechnen lassen.

Â

22

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 193 SGG</u>.

Â

Erstellt am: 14.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024